

Die Volksabstimmung 1920 - Voraussetzungen, Verlauf und seine Folgen

Jahrestagung der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung vom
16. bis 18. Juni 2000 in Allenstein/Olsztyn

Zu ihrer Jahrestagung 2000 trafen sich Mitglieder und Gäste der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung in Allenstein/Olsztyn. Die Veranstaltung fand in den Räumlichkeiten des Kêrzyński-Institutes statt. Nach der Begrüßung durch den Kommissionsvorsitzenden wies der Institutsdirektor Stanislaw Achremczyk die Teilnehmer der Konferenz in einem Grußwort darauf hin, daß das Gebäude des Institutes selbst, das sogenannte Polnische Haus, für die polnische Bevölkerung Allensteins im Vorfeld der Abstimmung wichtiger Versammlungs- und Diskussionsort war. Der Einstimmung diene ein Brief des Ehrenmitglieds Erich Trunz, der im Alter von 15 Jahren das Geschehen in Allenstein miterlebt hatte.

Fast genau 80 Jahre nach der Abstimmung des 11. Juli 1920 kamen deutsche und polnische Historiker zusammen, um am Ende des 20. Jahrhunderts auf dem Weg in ein vereintes Europa die damaligen Ereignisse und die bisherige Forschung kritisch zu bewerten. Das Auftaktreferat „Das Recht zur Selbstbestimmung oder der Kampf um staatliche Souveränität - Plebiszit in Ostpreußen 1920“ von Wojciech Wrzesiński (Breslau/Wroclaw) bot nicht nur einen Überblick über die Versailler Verhandlungen von Januar bis Juni 1919 und die Beschlüsse zur Polenfrage sowie die Vorbereitung und Durchführung des Plebiszits auf deutscher und polnischer Seite, sondern verdeutlichte gleichzeitig auch den Kompromißcharakter dieses Lösungsansatzes, der zwar den Forderungen des 13. Punktes der Wilson-Note entsprach, dem letztlich aber weder die Deutschen noch die Polen ganz zustimmen konnten. Interessant war auch die Bemerkung, daß es bis heute ungeklärt sei, warum auf den Wahlzetteln nicht das Deutsche Reich, sondern Ostpreußen Polen als Wahlmöglichkeit gegenübergestellt habe. Nach dem überwältigenden Abstimmungserfolg der Deutschen mit über 90% der Stimmen zeigte sich im Protest der jungen polnischen Republik gegen die Anerkennung des Ergebnisses, daß es den Alliierten in Versailles nicht gelungen war, den deutsch-polnischen Interessenkonflikt zu lösen. Obwohl das Plebiszit für den endgültigen internationalen Beschluß zur Festlegung der Grenzen in Ostpreußen von großer Bedeutung war, wurde dadurch der Gegensatz zwischen beiden Völkern weiter vertieft.

Stefan Hartmann (Berlin) untersuchte mit seinem Beitrag „Reflexionen über die polnischen Standpunkte zum Plebiszit 1920“ die Haltung der polnischen Historiker, die in der deutschen Historiographie weitgehend unbekannt geblieben sind. Als wichtigste Ursachen für die polnische Niederlage bei der Volksabstimmung in Ostpreußen nennen polnische Geschichtsschreiber die historisch bedingte Entfremdung der Masuren vom polnischen Volk, so daß historische und ethnische Argumente der masurischen Bevölkerung während der kurzen Vorbereitungszeit des Plebiszits nicht nahegebracht werden konnten. Ein Faktor sei auch in der organisatorischen und finanziellen Benachteiligung der polnischen Abstimmungskommissionen zu sehen, die zudem unter massivem Terror der Deutschen zu leiden gehabt hätten. Doch allem voran sei es die ungünstige politische und wirtschaftliche Lage der Zweiten Republik gewesen, die die deutsche Propaganda des Masuren- und Ermländerbundes geschickt für ihre Zwecke auszunutzen verstand. Aufgrund dieser Argumente sei es konsequent, daß in der polnischen Historiographie der Volksentscheid lediglich eine Etappe im Kampf um die nationale Zukunft bilde. Es sei nun an der Zeit, so schloß der Referent, die beiderseits betriebenen Forschungen zu diskutieren und zu einer Synthese zu führen.

Mit Hilfe zahlreicher Quellen vom Regierungspräsidenten Allensteins, Matthias von Oppen, bis hin zum einfachen „Parteisoldaten“ der Sozialdemokraten beleuchtete Hans-Werner Rautenberg (Marburg) „Die Stimmung der Bevölkerung im masurischen Abstimmungsgebiet“. Der neue polnische Staat, sein Krieg mit den Bolschewisten und die Versailler Bestimmungen führten bei den Zeitgenossen zu großer Sorge und allgemeiner Niedergeschlagenheit. Ebenso veranschaulichte das zitierte Material die Unsicherheit und Skepsis bezüglich des Ausgangs der Abstimmung und die Umsetzung des Ergebnisses. Die Quellen zeigen die verschiedenen Schichten der Bevölkerung einig in der negativen Bewertung der Lage, doch genauso einmütig erschien ihre positive Einschätzung der Propagandaarbeit der Heimatvereine und des Masuren- und Ermländerbundes. Das facettenreich dargebotene Bild gab nicht nur Anlaß zur Diskussion, sondern lud durch seinen oftmals erheiternden Charakter ein, sich weiter einem intensiven Quellenstudium zu widmen.

„Westpreußen im Übergang vom Deutschen Reich zu Polen ohne Aussicht auf Volksabstimmung“ hieß das Thema, mit dem sich Peter Letkemann (Berlin) in seinem Vortrag auseinandersetzte. Trotz umfangreichen Quellenmaterials stellt sich einem Bearbeiter das Problem, daß die Archivalien in zahlreichen deutschen und polnischen Archiven verstreut sind. Grundlage des Referats waren daher „lediglich“ die Akten der Abteilung Ost-West des preußischen Innenministeriums. Die Lageberichte, die nach dem Posener Aufstand im Februar 1919 aus den westpreußischen Städten an das Innenministerium gelangten, belegen deutlich, daß auch Westpreußen von Unruhen und Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Polen nicht verschont blieb. Die Befürchtung eines organisierten Aufstandes wie in Posen, von den Autoren der Berichte oft und gerne geäußert, bewirkte konkrete Gegenmaßnahmen der preußischen Behörden, doch erschien die Situation im großen und ganzen stabiler als im Posener Land. Dennoch wurden die Aktivitäten der polnischen Bevölkerung weiterhin argwöhnisch beobachtet, und jeder Verdacht der Vorbereitung einer bewaffneten Erhebung nach Berlin weitergeleitet. Insgesamt verdeutlichen die Quellen die Unsicherheit und Angst der westpreußischen Bevölkerung vor der gewalttätigen Abtrennung der Provinz vom Reich und die Annexion durch die polnische Republik.

Beschäftigte Letkemann sich in seinen Ausführungen vor allem mit dem Jahr 1919 und zeichnete ein Bild der relativen Ruhe und Ordnung, so lieferte Mieczyslaw Wojciechowski (Thorn/Toruń) in seinem Beitrag „Westpreußen während des Ersten Weltkriegs und dessen Folgen“ die Begründung für die stabileren Verhältnisse im Vergleich zum Posener Gebiet. Der geringere polnische Bevölkerungsanteil war einer der Gründe dafür. Auch wirkten in Westpreußen das gemeinsame Kriegserlebnis und die Rücknahme der antipolnischen Bestimmungen gegen Ende des Krieges positiver als in Posen. In Westpreußen war ebenfalls eine Zunahme der Aktivitäten der polnischen Nationalbewegung seit der zweiten Hälfte des Jahres 1917 zu verzeichnen, wobei es sich jedoch nur um einen relativ kleinen Kreis handelte, der Westpreußen konkret in die polnischen Nachkriegsplanungen mit einbezog. Dies konnte das gegenseitige Mißtrauen und kleinere Ausschreitungen nach Beendigung des Krieges zwar nicht verhindern, doch blieb das Ausmaß in einem Rahmen, der die von den preußischen Behörden strikt aufrechterhaltene öffentliche Ordnung niemals gefährdete.

Piotr Bistrzycki (Soldau/Dzialdowo) referierte über „Das Soldaugebiet während des Plebiszits in Ostpreußen 1920“. Das Soldauer Gebiet, wo keine Abstimmung vorgesehen und das bereits im Januar 1920 an Polen übergegangen war, hatte dennoch aufgrund der dortigen Vorgänge Einfluß auf die Wahl. Das von Beginn an schlechte Verhältnis der evangelisch-masurischen Bevölkerung zu den neuen katholisch-polnischen Führungskräften wurde durch die zunehmend schlechtere Versorgungslage zusätzlich belastet. Als die Situation schließlich in einem Landarbeiterstreik eskalierte und zudem noch die Wehrpflicht entgegen früheren Versprechungen in Soldau

eingeführt wurde, nutzte die deutsche Propaganda dieses negative Bild des neuen polnischen Staates als abschreckendes Beispiel für ihre Zwecke aus. Daß die grenzübergreifende Abstimmungspropaganda keineswegs nur verbal geführt wurde, belegte der Referent durch Hinweise auf deutsche Sabotageakte gegen Einrichtungen des polnischen Militärs, Telefonleitungen und die strategisch wichtigen Eisenbahnlinien. Trotz steten Bemühens gelang es den polnischen Behörden nicht, die Situation vollends unter Kontrolle zu bringen, so daß die Ereignisse insgesamt für die Abstimmung kontraproduktiv wirkten. Wie schwierig und brisant die Situation allerdings auch aufgrund der unsicheren Informationslage war, zeigte unter anderem das Beispiel der polnischen Verteidigungsvorbereitung in Soldau, die man sofort nach Erhalt der „Nachricht“ über einen bevorstehenden deutschen Angriff in die Wege leitete.

„Die Mentalität der westpreußischen Bevölkerung während des Ersten Weltkriegs“ war das Thema des Beitrages von Pawel Kosiński (Danzig/Gdańsk). Ein Überblick über die Größe und Verteilung der verschiedenen Volksgruppen in Westpreußen bildete den Ausgangspunkt für eine nähere Beschäftigung mit den einzelnen Gruppen. Es wurde angemerkt, daß Quellen und Statistiken über die Muttersprache bezüglich eines nationalen Zugehörigkeitsgefühls kritisch zu hinterfragen seien. Ethnische, religiöse und wirtschaftliche Gründe seien verantwortlich dafür, daß eine einheitliche westpreußische Mentalität kaum vorhanden gewesen sei. Der zunehmende Nationalismus auf deutscher und polnischer Seite prägte die Westpreußen während des Krieges. Doch zielten die westpreußischen Polen in ihrem Streben nach Anschluß an einen polnischen Staat eher auf einen Staat mit preußischen Strukturen, aber polnischen Beamten, als auf einen grundsätzlich anders gearteten Staat.

Lieselotte Kunigk-Helbing (Dortmund) beschäftigte sich in ihrem Vortrag mit „Stuhm, ein westpreußischer Kreis im Spiegel des Plebiszits“. Auch hier war das Quellenmaterial bezüglich der Bevölkerungsverhältnisse durchaus kritisch zu bewerten. Es war jedoch klar ersichtlich, daß vor allem im mittleren und südlichen Teil des Kreises der polnische und kaschubische Bevölkerungsanteil den der Deutschen überwog. Diese Konstellation ließ daher gerade in diesem Kreis das Abstimmungsergebnis keineswegs als sicher erscheinen. Zusätzliche Unruhe entfachten die Gerüchte um die Führung der interalliierten Kommission und die Nationalität der Besatzungstruppen, denn Deutsche und Polen fürchteten, jeweils dadurch benachteiligt zu werden. Daß die Italiener unter der Führung des Kommissionspräsidenten Angelo Pavia die Amtsführung im Regierungsbezirk Marienwerder übernahmen, beruhigte vor allem die deutsche Bevölkerung, die die Meldungen über ein mögliches Eintreffen französischer Truppen mit größter Sorge betrachtet hatte. Unter der Führung des Ostdeutschen Heimatdienstes gelang es der deutschen Seite, 20000 bis 30000 nach Westdeutschland abgewanderte Stimmberechtigte ins westpreußische Abstimmungsgebiet zu transportieren, so daß es auch im Kreis Stuhm zu dem eher unerwartet klaren Wahl-ergebnis von 87,3% für Ostpreußen kam.

Eine ebenfalls stärker fokussierende Studie stellte Robert Kempa (Lötzen/Gizycko) in seinem Vortrag „Der nordöstliche Teil Masurens im Plebiszit 1920“ vor. Da nach Statistiken des letzten Viertels des 19. Jahrhunderts 36% der dortigen Bevölkerung „polnisch“ gewesen sein sollte, verleitete dies, so der Referent, die polnische Seite im Vorfeld der Abstimmung dazu, in aktuellen Schätzungen den masurischen, also polnischen Bevölkerungsanteil auf nunmehr 50% anzusetzen. Hierbei habe man allerdings nicht die rasche Entwicklung der Masuren gerade seit Ende des 19. Jahrhunderts berücksichtigt. Das masurische Volk habe im Deutschtum bessere Entwicklungschancen hinsichtlich Ausbildung, Karriere und Kultur gesehen, und sich dementsprechend immer stärker daran orientiert. Auch hatten die Polen keinerlei Vorstellung davon, welchen Eindruck die Kriegserlebnisse bei den Masuren hinterlassen hatten. Die Aussicht, Teil eines Staates zu werden, der sich gerade in einem Krieg befand, war daher wenig verlockend. Aufgrund dieser Fehleinschätzungen wurden polnischerseits die Vorbereitungen des Plebiszits nur ungenügend

betrieben, wobei allerdings zu vermerken ist, daß die Beibehaltung der deutschen Verwaltungsstrukturen einen zusätzlichen Nachteil für die polnischen Bemühungen darstellte. Den Behörden gelang es beispielsweise, alle geplanten Demonstrationen in der Stadt Lötzen zu unterbinden. Daß am Wahltag schließlich nur 9 Stimmen im Kreis Lötzen und 2 im Kreis Treuburg auf die polnische Option entfielen, wird dadurch nur allzu verständlich.

„Die Folgen des Plebiszits für das ´kollektive Bewußtsein“ untersuchte Robert Traba (Warschau/Warszawa) in seinem Vortrag. Die Abstimmung von 1920 mit ihrer deutscherseits immer wieder wiederholten Parole „Wir bleiben deutsch!“ kann durchaus als identitätsstiftend angesehen werden. Die Abgrenzung gegenüber dem äußeren Feind Polen hinterließ im kollektiven Bewußtsein der deutschen Bevölkerung deutliche Spuren. Hierbei ist zu beachten, daß der Begriff des kollektiven Bewußtseins mehr beinhaltet als lediglich die Summe der Identitäten. Werte und Normen, kulturelle Gegebenheiten und das historische Gedächtnis eines Volkes seien ebenfalls zu berücksichtigen. Besonders in Krisensituationen, wie die direkte Nachkriegsgeschichte in Ostpreußen, betone man wieder die Gemeinschaft und ihre „glorreiche“ Geschichte. Zeugnisse ostpreußischer Gedächtniskultur finden sich bis heute in Presse, Reiseführern und Belletristik. Andere Formen waren die alljährlichen deutschen Siegesfeiern, die neu entstandenen Museen und Heimatstuben sowie die allerorts anzutreffenden Abstimmungsdenkmäler. Die Pflege dieses „Andenkens“ führte zur Verfestigung stereotyper Bilder, dem Lob der deutschen Tugenden und des negativen Polenbildes. Während die deutsche Seite in ihren Feiern stets den zentralen Begriff der Heimat verwandte, so stand in den polnischen Gedenkveranstaltungen das Vaterland im Vordergrund. Der sehr anschauliche Vortrag verdeutlichte zudem, daß diese Stereotypen die Zeit überdauert haben und teilweise bis heute auf beiden Seiten zu finden sind.

Im letzten Beitrag der Konferenz betrachtete Sabine Bamberger-Stemmann (Lüneburg) die Problematik der „Volksabstimmungen als Mittel zur Neuordnung des europäischen Staatensystems nach dem Ersten Weltkrieg“. Die 14 Punkte Wilsons und die Gründung des Völkerbundes brachten der europäischen Staatenlandschaft mit dem politisch motivierten Verhandlungsinstrument der Selbstbestimmung, welches aber in ein Optionsrecht, also eine Rechtsnorm umgedeutet wurde, fundamental neue Ordnungsschemata. Dieses mißverständene „Recht“ mußte bei allen Grenzziehungen durch Abstimmung zu einem dauernden Konflikt führen, da alle Betroffenen zwar nach möglichst ethnisch geschlossenen Territorien strebten, aber jeweils eine starke Minderheit in den eigenen Grenzen hinnehmen mußten. Diese Minderheiten, wie die Deutschen in Polen oder umgekehrt der polnische Bevölkerungsanteil in den deutschen Grenzprovinzen, sahen ihre nationale Zugehörigkeit im jeweiligen Nachbarstaat. Zusätzlich verkompliziert wurde die Situation durch den vertraglich festgelegten Minderheitenschutz. Da die Alliierten auf einer zentralen Konferenz in Paris bestanden hatten, blieb der Weg zwischenstaatlicher Verhandlungen und Lösungen durch die Betroffenen selbst verbaut. Alle jene Grenzziehungen, die unter internationaler Kontrolle entstanden waren, wie die Abstimmungsgrenzen in Nordschleswig, Ostpreußen, Oberschlesien und dem Burgenland, aber auch die Gebiete unter internationaler Verwaltung, entwickelten sich daher zum Gegenstand propagandistischer Auseinandersetzungen, die sowohl revisionistische als auch separatistische Bestrebungen aufwiesen.

Es ist vorgesehen, daß die Vorträge in einem Band der Reihe "Tagungsberichte der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung" erscheinen.

Kontaktanschrift:

Dr. Bernhart Jähmig
Karolinenstraße 1
14165 Berlin

Dietmar Böhmer

© Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen
in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2000.
Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der AHF.
Heruntergeladen von www.ahf-muenchen.de.